

Sozialverträgliche Energiewende ?

Die Transformation umweltfreundlich, wirtschaftlich und sozialverträglich gestalten durch eine gerechte Verteilung der Einkommen und Lasten

Eine Übersicht und Bilanz der in den Jahren 2011 und 2012 geführten Auseinandersetzungen von der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr (Schwarzwald)

Energiewende und Erneuerbaren-Energien-Gesetz

Energiewende

Die Energiewende 2011 bedeutet eine Abkehr von Bisherigem, aber nicht nur von der Atomenergie, sondern auch von zentralisierten Versorgungsstrukturen und bisherigem Verbraucherverhalten. Neben technischen Änderungen ist aber auch eine Bewusstseinswende notwendig. Der Verbraucher soll zum Mitwirkenden werden, durch Energieeinsparung, Kauf energieeffizienter Geräte und Nutzung erneuerbarer Energien. Ohne eine Verhaltenswende gibt es auch keine Energiewende.

**Energiewende:
Dezentralisierung
Bewusstseinswende
Verhaltenswende**

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Umlage

Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) hat das erklärte Ziel, regenerative Energien zu fördern, um aus der fossilen und atomaren Energiewirtschaft auszusteigen. Dahinter stehen ökologische Einsichten und eine neue Risikobewertung der Atomenergie. Das EEG ist seit 13 Jahren erfolgreich, kopiert in über 50 Ländern der Erde, in Deutschland ist es jedoch *zu* erfolgreich.

Die Energieversorger und die Regierung haben nicht mit einem so großen Engagement umweltbewusster Menschen und innovativer Industrieunternehmer gerechnet. Der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch in Deutschland ist mit 25% inzwischen größer als der der Atomenergie und Steinkohle mit je 19%.

Finanziert wird die Förderung der erneuerbaren Energien mit einer Umlage unter den Stromkunden (keine staatliche Subvention). Das ist vergleichbar mit der Autoversicherung (Bonus/Malus-System). Sie beträgt im Jahre 2013 5,3 C/kWh. Das sind 20 % des Haushaltsstrompreises in Höhe von 26 C/kWh. Aber nur 43% davon sind den eigentlichen Erneuerbaren zuzurechnen (siehe unten). Es verbleiben also nur 2,3 C/kWh. Bei einem Dreipersonen-Haushalt mit jährlich 2500 kWh sind das gerade einmal 4,80 Euro pro Monat für die Umwelt. Die Handykosten eines solchen Haushalts liegen um das Zehnfache höher !

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Folgen: Gerechtigkeit sieht anders aus

Während immer mehr Länder mit Neid und Anerkennung auf das deutsche Modell zur Förderung der Erneuerbaren schauen, macht sich die deutsche Regierung daran, diese Erfolgsgeschichte auszubremsen. Die Bundesumwelt- und wirtschaftsminister warnen unisono und populistisch vor den sozialen Folgen steigender Strompreise. Sie befinden sich in guter Gesellschaft mit den großen Energieversorgern, die jahrelang den Ausbau der Erneuerbaren ignoriert hatten.

**Energieversorger:
Warnung vor Stromlücken und hohen Strompreisen**

Dabei geht es nur vordergründig um die Frage der Stromkosten. In Wirklichkeit geht es um die Art der Energieversorgung in der Zukunft: Zentral wie bisher oder dezentral und in Bürgerhand.

Der Streit um die EEG-Umlage zwischen Befürwortern und Gegnern der Energiewende ist also ein Machtkampf zwischen den alten und neuen Stromanbietern (ZEIT).

Die Schuldigen des Kostenanstiegs sind schnell ausgemacht. Nachdem es im Jahre 2011 nach dem Abschalten von acht Atomkraftwerken keine Stromlücke gab, mussten im Jahre 2012 die Kosten der Erneuerbaren erhalten. Deren Ausbau müsse man begrenzen, obwohl sie an den Strompreissteigerungen in den letzten zehn Jahren nur einen kleinen Anteil hatten (siehe unten). Dabei nimmt ausgerechnet der Bundesumweltminister eine erstaunliche Position ein: „Er ist der erste Minister, der sich darüber grämt, dass die Ausbauziele der Erneuerbaren schneller erreicht werden als vorgesehen“, so Jürgen Trittin.

Ehrlich gemeinter Klimaschutz sieht anders aus. Der Ruf Deutschlands als stabiler Wirtschaftsstandort wird durch einen fehlenden Masterplan, Planungsunsicherheiten und durch die immer hektischer werdende Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen beschädigt.

Folglich kommt es von einer ursprünglich positiven Aufbruchstimmung bei der im Jahre 2011 eingeleiteten Energiewende zu einer weitverbreiteten Jammerei. Bedauerlich: Die ungerechtfertigten Angriffe eines Teils der Energieversorger, Politiker und Medien,

Die Energiewende ist nicht unsozial, sondern nur die prekären Beschäftigungsverhältnisse und die Verteilung der Lasten auf immer weniger Schultern.

verbunden mit Halbwahrheiten wegen der vermeintlich hohen Kosten der Erneuerbaren, zeigen inzwischen in der Bevölkerung Wirkung. Mangelnde Sorgfaltspflicht bei den Recherchen oder einfach nur gut gemachte Kampagnenarbeit? Warum soll die Energiewende unsozial sein? Unsozial sind nur die prekären Beschäftigungsverhältnisse und die Verteilung der Lasten auf immer weniger Schultern. Die Gründe: Bei den Einkommen erfolgt eine Umverteilung von unten nach oben und bei der Stromprivilegierung der Großverbraucher von oben nach unten (siehe unten). Immer mehr Marktteilnehmer entziehen sich dem Solidarprinzip.

Es gilt deshalb, gegen die Ursachen dieser ungerechten Umverteilungen vorzugehen und nicht die Energiewende mit all ihren Chancen und Möglichkeiten in Frage zu stellen. Warum fragt denn keiner danach, was es uns kostet, wenn wir *keine* Energiewende einleiten? Die Energie *nicht* rationell nutzen und Erneuerbare außen vor lassen? Warum wird die Energiewende so schlecht geredet? Warum werden die Vorteile nicht mehr als bisher herausgestellt (siehe unten)? Das haben erst jüngst mehrere Forschungsinstitute im Auftrag des Bundesumweltministeriums getan. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass im Jahre 2011 der Nutzen der erneuerbaren Energien durch vermiedene Umweltschäden und positive wirtschaftliche Effekte mit 21 Mrd. Euro deutlich höher ist als deren Kosten von 14 Mrd. Euro.

Der Grund für das Schlechtreden der Energiewende: Es gibt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer bei diesem Poker, und letztere kommen ein Jahr nach Fukushima wieder aus der Deckung. Die Regierung sollte dabei aber *weniger* die Interessen der Energiekonzerne im Auge haben, sondern *mehr* die positiven Aspekte der Energiewende herausstellen (siehe unten). Nicht gerechtfertigte Warnungen vor Stromknappheit (2011) und unbezahlbarer elektrischer Energie (2012) sind da nicht hilfreich - Hinweise auf die hohen Subventionen der konventionellen Energieträger und deren Umweltzerstörung dagegen schon (siehe unten).

Natürlich kostet die Energiewende erst einmal etwas, sie eröffnet aber neue Chancen und bringt auch einen Nutzen, den es gilt, mehr als bisher herauszustellen:

- Verringerte Energieimporte im Wert von 6 Mrd. Euro (BMU)
- Geringe Betriebskosten, keine Folgekosten (Atommüll)

Auch Chancen und Nutzen der Erneuerbaren thematisieren

- Preisdämpfender und stabilisierender Einfluss an der Strombörse
- 380 000 Arbeitsplätze, Wertschöpfung in der Region
- Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Die Energiewende ist ein ehrgeiziges Vorhaben über Jahrzehnte. Die Anstrengungen werden sich aber nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch rechnen. Gespannt und voller Achtung schauen immer mehr ausländische Regierungen auf das deutsche Experiment, etliche davon schütteln aber auch nur den Kopf, wie verbissen die Deutschen die Auseinandersetzungen führen: So kann man sich auch um eine einmalige Chance bringen. Unsere Kinder und Enkel werden einmal über uns richten, ob wir die Voraussetzungen *dafür* geschaffen haben, die „Schöpfung zu bewahren“.

Kosten der konventionellen Energien

Bei der ganzen Diskussion um die Kosten der erneuerbaren Energien wird gerne vergessen, dass auch die bisherige Energieversorgung teuer war und ist. Es gibt immer noch enorme Subventionen für Kohle und Atomkraft. Berücksichtigte man auch noch deren externe Kosten, wie z.B. die Luftverschmutzung, das Abwälzen von Risiken auf die Stromverbraucher und Steuerzahler und

**Die „Fossil-nukleare Energie-Umlage“ beträgt 10 Cent/kWh.
Zum Vergleich: Tatsächliche EEG-Umlage nur 2,3 Cent/kWh**

die noch fehlende Endlagerung des Atommülls, dann müsste der Strompreis um 10 C/kWh höher als heute liegen. Bei einer ehrlichen Debatte gehören diese Kosten als „Fossil-nukleare Energie-Umlage“ aber mit auf die Stromrechnung und müssten transparent kommuniziert werden.

Die Energieversorger erhielten von 1970 bis 2012 staatliche Förderungen in Höhe von 311 Mrd. Euro für die Steinkohle, 213 Mrd. Euro für die Atomkraft und 87 Mrd. für die Braunkohle, also mehr als **600 Mrd. Euro für die Konventionellen**. Die staatlichen Ausgaben für die **Erneuerbaren** beliefen sich dagegen auf **nur 67 Mrd. Euro**, also nur rund 10% der Gesamtförderung !

Auch bei den Strompreiserhöhungen für die Haushaltskunden von durchschnittlich 5% pro Jahr seit dem Jahr 2000 gehen etwa **zwei Drittel auf das Konto der konventionellen Energien**. (ISE, siehe unten).

Irreführungen

Die Mär von den Stromlücken, bedingt durch Abschalten von Atomkraftwerken

Nach dem Abschalten von acht der siebzehn Atomkraftwerke im Jahre 2011 schürten die großen Energieversorger Angst vor einem Kollaps der Stromversorgung. Das ist nicht neu: Schon vor 35 Jahren warnte ein Ministerpräsident in Baden-Württemberg: „Wenn das Atomkraftwerk in Wyhl am Oberrhein nicht gebaut wird, dann gehen die Lichter aus.“

Doch nichts von alledem ist wahr, auch wenn es wiederholt wird, immer begleitet von hoher medialer Präsenz. So auch nach Fukushima im Jahre 2011: „Ein beschleunigter Ausstieg aus der Atomenergienutzung gefährdet die Zukunft.“ Man müsse Strom aus Frankreich und Tschechien zukaufen. Doch das Gegenteil war der Fall. Trotz einer Halbierung der Anzahl der Atomkraftwerke von 17 auf 9 exportiert Deutschland per Saldo nach wie vor Strom ins Ausland, und zwar im Produktionswert von zwei Atomkraftwerken (ISE). Übrigens auch nach Frankreich, das besonders im kalten Februar 2012 trotz seiner 58 Atomkraftwerke Engpässe hatte - wegen seiner vielen Direktstromheizungen. Die Konzerne haben also das Abschalten von acht Atomkraftwerken dank des wachsenden Anteils der erneuerbaren Energien locker weggesteckt und können wegen der verstärkten Nutzung von Kohlekraftwerken auch noch kräftig Strom exportieren.

Die Mär von den hohen Strompreisen, bedingt durch die Erneuerbaren

Nachdem sich das Schüren von Angst bei der Stromknappheit nicht bewahrheitete, kam die nächste Angst. Energiekonzerne, Wirtschaftsverbände, einflussreiche Teile der Regierung und schlecht recherchierende Medien erweckten den Eindruck, die Energiewende sei unbezahlbar. Ja, sie entdecken auf einmal ihr **soziales Mitgefühl** für einkommensschwache Haushalte. Besonders heftig legten sich *die* Leute ins Zeug, die Kapitalrenditen von 20% für normal erachten.

Sie agieren dabei mit Halbwahrheiten bis heute durchaus erfolgreich. Wann klären die Verbände Solar, Wind und Energieverbraucher mehr als bisher über die tatsächlichen Verhältnisse auf? Wann fordern sie mehr

Transparenz bei der Strompreisgestaltung und den externen Kosten der konventionellen Energieerzeugung ?

Soziales Mitgefühl für einkommensschwache Haushalte von Leuten, die 20% Renditen als normal erachten.

Fakt ist doch, dass die konventionellen Energien begrenzt, umweltschädlich und risikoreich sind und immer teurer werden. Die erneuerbaren Energien lassen sich dagegen nach menschlichem Ermessen ewig nutzen und wirken bereits stabilisierend auf die Strompreise ein. Selbst die Photovoltaik hat es innerhalb von 12 Jahren geschafft, von 70 C/kWh auf unter 20 C/kWh herunter zu kommen und ist damit bereits deutlich billiger als der Strom aus der Steckdose. In manchen Regionen ist Ökostrom schon heute kostengünstiger als der „Egalstrom“.

Zweidrittel des Strompreisanstiegs in den letzten 12 Jahren fand unbeeinflusst von der EEG-Umlage statt.

Die EEG-Umlage stieg von 2000 bis 2012 nur um 3,3 C/kWh an, der Strompreis für die Haushalte dagegen um 10 C/kWh (FhG-ISE Freiburg). Zweidrittel der Verteuerung in den letzten zwölf Jahren fand also unbeeinflusst von der EEG-Umlage statt! Diesen Umstand nehmen die Regierung und die Energieversorger gerne nicht wahr.

Deshalb die Forderung: Die Regierung muss die EEG-Umlage aus Gründen der **sozialen Gerechtigkeit** von unnötigen Kosten befreien. Besonders krass ist die Befreiung der stromintensiven Industrie von Steuern und Abgaben und die Abwälzung von unternehmerischen Risiken bei der Windkraftnutzung auf dem Meer (siehe unten). Die entsprechenden Kosten im Rahmen der EEG-Umlage sind artfremd und gehen zu Lasten des Mittelstandes und der Haushaltskunden. Den Preis für die Energiewende zahlen die Falschen.

Kosten, die den Erneuerbaren angelastet werden

Dem Bundesverband Erneuerbarer Energien (BEE) gebührt das Verdienst, die Diskussion um die vermeintlich hohen Kosten der EEG-Umlage zu versachlichen. Er machte die Kostenstruktur der Umlage einmal transparent. Danach betreffen von den im Jahre 2013 erhobenen 5,3 C/kWh nur **2,3 C/kWh**

die eigentlichen erneuerbaren Energien; das sind 43 %. Mehr als die Hälfte hängt mit den Erneuerbaren gar nicht zusammen.

Aufgeblähte EEG-Umlagekosten

Den Erneuerbaren sind nur zuzuordnen:

- **2,3 von 5,3 C/kWh oder 43% der Kosten**
- **12 % der Preiserhöhung 2012 auf 2013**

Der Anstieg der Umlage von 3,6 C/kWh im Jahre 2012 auf 5,3 C/kWh im Jahre 2013 beträgt 1,7 C/kWh. Davon betreffen nur **0,2 C/kWh** (2,1 auf 2,3) die Erneuerbaren. Das sind gerade einmal 12 % des Preisanstiegs von 2012 auf 2013. Dieser geringe Betrag entspricht nur einem halben Euro pro Monat und Haushalt – eine äußerst profitable Investition in die Zukunft.

Die Umlage ist also künstlich durch artfremde Kosten aufgebläht, sie wird aber den erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, angelastet. Auf der Energieversorgerseite beruhen diese Kosten auf Versäumnissen, Unredlichkeit, Missbräuchen und überzogenen Gewinnansprüchen und auf der Regierungsseite auf staatlich gewollten Rabatten und Vergünstigungen für die Energieversorger und die stromintensive Industrie.

Kosten durch Energieversorger

Versäumnis: Netzausbau

Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) gibt es bereits seit dreizehn Jahren. Die Entwicklung hin zu einer umweltverträglicheren Energieversorgung hätte also bekannt sein müssen. Die Verantwortlichen haben aber nicht an das Wachstum der Erneuerbaren geglaubt. Sie haben lange die Entwicklung ignoriert, obwohl bereits in den Anfangsjahren Wind und Sonne den Konventionellen jährlich 1-2%-Punkte am Stromverbrauch abgejagt hatten.

Darüber hinaus gab es laut der Bundesnetzagentur schlimme **Misstände**: Die Netzbetreiber rechneten anfallende Kosten doppelt und dreifach ab. Die Netzagentur hat zwar die zulässigen Netzentgelte ständig gesenkt, was dabei aber gespart wurde, haben die Netzbetreiber vor allem beim Vertrieb, den die Agentur nicht regulieren darf, wieder drauf geknallt. Unterm Strich zählt – diese Mentalität ist beim Stromvertrieb nach wie vor die Regel. Wenn bei Industriestrompreisen von nur noch 5 C/kWh wegen des heftigen Wettbewerbs keine Preiserhöhungen mehr durchsetzbar sind, dann schlägt man eben bei den Haushaltskunden drauf, die inzwischen das mehr als vierfache zahlen müssen.

Während der ersten Dekade dieses Jahrhunderts, also schon zur Zeit der Liberalisierung, haben die Energieversorger die Stromnetze nur in einem unbedingt notwendigen Maße ertüchtigt und ausgebaut. Manche sagen sogar: Sie haben von der Substanz gelebt. Die dadurch anfallenden Gewinne gingen an die Anteilseigner statt in einen zukunftsorientierten Netzausbau. Die Folgen: Immer öfter müssen Ökokraftwerke in windstarken und sonnenreichen Zeiten **abgeregelt** werden, weil die Netzkapazität nicht mehr ausreicht. Die dazu erforderlichen Ausgleichszahlen müssen nicht etwa diejenigen übernehmen, die den Netzausbau versäumt haben, sondern erneut die Endkunden.

Unredlichkeit

Trotz des Abschaltens von acht Atomkraftwerken fallen die Strompreise an der Leipziger Börse. Der Grund: Die erneuerbaren Energien ersetzen zunehmend teuren Spitzenstrom. Davon profitiert die stromintensive Betriebe gleich zweimal, und zwar durch den Einkauf billigen Ökostroms an der Börse und durch eine Entlastung von Netzentgelten und der Ökosteuer (s. unten). Das Paradoxon dabei: Je niedriger der Börsenpreis fällt, bedingt durch die Erneuerbaren, desto höher ist die EEG-Umlage (Differenzkosten zwischen Börse und Ökostrom)! Hier besteht dringend ein Änderungsbedarf.

**Es ist unredlich,
Preiserhöhungen gleich weiter zu geben,
Preissenkungen dagegen nicht.**

Während sich die Industrie über fallende Stromkosten von 6 auf unter 5 Cent/kWh in 2012 freut, steigen sie bei den Endverbrauchern stetig an - lediglich bei der badenova und dem EWM gab es 2011 und 2012 eine kurze Verschnaufpause.

Der Preisanstieg bei den Kleinverbrauchern liegt an der **unredlichen** Vorgehensweise der Energieversorger, *Preiserhöhungen* gleich weiter zu gegeben, *Preissenkungen* dagegen nur zum Teil oder vielfach gar nicht.

Laut eines Gutachtens für DIE GRÜNEN verlangen die Energieversorger allein im Jahre 2012 3 Mrd. Euro zu viel! Der Strompreis könnte also um 2 C/kWh niedriger liegen entsprechend einem Betrag von 3,30 € pro Monat und Haushalt.

Missbrauch: Verschmutzungszertifikate

Es geht um die bisher **kostenlose** Abgabe von Verschmutzungsrechte für Stromerzeuger, die einen Gegenwert von jährlich mehr 5 Mrd. € entsprechen. Die könnten eigentlich die Stromsteuer um 2 C/kWh senken (Hess. Wirtschaftsminister Riehl). Die EVU stellen den Stromkunden aber die gar nicht anfallenden Kosten trotzdem in Rechnung (sog. Opportunitätskosten). Das ist so als wenn jemand eine Tafel Schokolade geschenkt bekommt, sie aber dann an seinen Freund verkauft.

„Die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten war und ist ein schwerer politischer Fehler, der eine gigantische Umverteilung von den Stromkunden zu den Stromproduzenten verursacht hat. Das ist zutiefst **unsozial**“, so Riehl. Kritik

CO₂ - Verschmutzungszertifikate:
„Unsozial und Wahnsinn mit System“.

kam auch vom Bund der Energieverbraucher: „Die Stromkonzerne haben den Preis der Emissionszertifikate auf den Strompreis aufgeschlagen, obwohl sie diese Zertifikate vom Staat geschenkt bekamen. Das ist Wahnsinn mit System, das darf einfach nicht wahr sein.“

Wegen der zum Teil kostenlosen und zu üppig zugeteilten Verschmutzungsrechte sind sie kaum noch etwas wert. Deshalb verbrennen die EVU zur Zeit kräftig die schmutzige Kohle und exportieren den Strom auch ins Ausland, weil Investitionen in die Erneuerbaren höher ausfallen als der Kauf der nahezu wertlosen CO₂-Zertifikate. Matthias Kurth, ehemaliger Chef der Bundesnetzagentur, sinniert heute wehmütig: „Man erinnere sich, Klimaschutz war einmal eines unserer Ziele ...“.

Gewinnforderungen: Überzogen

Auch im Jahre 2012 fahren die Energieversorger RWE mit 3,6 Mrd. Euro und Eon mit 3,3 Mrd. Euro wieder satte Gewinne ein. Diese sind inzwischen höher als die EEG-Umlage (Franz Alt).

**Kapitalrenditen von 20 %
sind schon erforderlich.**

Dieses Zulangen ist kein neues Problem, nur gab es früher noch andere Gründe. So monierte z.B. das Mitglied des Bundestages, Ulrich Kleber, bereits 2006: Die vier großen Stromversorger Eon, RWE, EnBW und Vattenfall haben ihre Gewinne innerhalb von nur drei Jahren von 4,6 Mrd. Euro auf 13,5 Mrd. Euro pro Jahr erhöht. „Die Kunden werden abgezockt und alles Mög-

liche vorgeschoben: Steuern, Weltmarktpreise und Emissionshandel. Die Wahrheit sieht man beim Blick in die Konzernbilanzen.“, so Kleber. Ähnlich wie bei Banken sind jährliche Kapitalrenditen von um die 20% einfach notwendig. Von solchen überzogenen Gewinnansprüchen, die *auch* den Strompreis erhöhen, können der Mittelstand und die Klein-Unternehmer nur träumen.

Kosten durch Bundesregierung

Neben den Energieversorgern hat auch die Bundesregierungen ihren Anteil an den Strompreiserhöhungen, die nicht mit den Kosten der erneuerbaren Energien zusammen hängen. Sie packt in die EEG-Umlage rein, was gar nicht rein gehört, „bläht sie auf, um sie politisch zu diskreditieren und abzuschaffen“ (BEE). Hier drei Beispiele:

Teure Windkraft auf See

Die zur Zeit in Entwicklung befindliche Windkraftnutzung auf See erhöht ebenfalls die Umlage des Erneuerbaren Energien-Gesetzes. Während Windkraftanlagen an Land inzwischen mit 9 C/kWh zu den preiswertesten erneuerbaren Energien gehören, ist bei den Anlagen nördlich der deutschen Küste mit 15 bis 19 C/kWh zu rechnen. Die notwendigen Investitionen und Unwägbarkeiten sind so gewaltig, dass der holländische Netzbetreiber Tennet (kaufte das Netz von Eon) sie alleine nicht mehr stemmen kann; die haben sich finanziell übernommen. Was lag da näher als ein „Lex Tennet“ zu verabschieden, das den Stromkunden eine Haftungsumlage auferlegt. Das sind technische und organisatorische Risikozuschläge für die Anbindung von Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee an das Festland. Es geht um 1 Mrd. Euro oder +0,25 C/kWh. Diese Risiken übernimmt jetzt nicht mehr das Unternehmen selbst, sondern wieder die Gemeinschaft der Stromverbraucher. Das erinnert fatal an die Vorgehensweise bei der Atomkraft und den Banken: Die Gewinne werden privatisiert und die Risiken und Verluste **sozialisiert** !

Zu diesem Thema gehört auch die Bereitstellung von Notfall-Kraftwerken im Winterhalbjahr, um die Stromversorgung sicher zu stellen (Kapazitätsprämie). Das ist eigentlich bisher eine selbstverständliche Pflicht im Rahmen des Energie-Wirtschaftsgesetzes gewesen. Doch die Kosten dazu zahlen zukünftig nicht mehr die Energieversorger -das würde ja den Gewinn schmälern- sondern natürlich die kleinen Stromkunden zusätzlich !

Dabei sagen Bundesumwelt- und Wirtschaftsminister im Hinblick auf die Photovoltaik: „Die Verbraucher dürfen nicht weiter belastet werden.“ Wenn es aber um große Projekte wie die Windkraft auf See geht, die eigentlich nur die großen Energiekonzerne bewältigen können, dann gilt diese Aussage nicht mehr! Unabhängig davon stuft das Kartellamt die Privilegien für die teuren Meeres-Windkraftanlagen als ordnungspolitisch bedenklich ein.

Bei Kostengleichheit:
Strom aus der Sonne: NEIN,
Strom aus Windkraft auf See: JA.

Entlastung der stromintensiven Industrie

Die Entlastung der stromintensiven Industrie sorgt am meisten für Ummut, hat sie doch mit der Umlage des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes nichts zu tun. Diese umstrittene Privilegierung treibt nicht nur die Kosten für die Endverbraucher in Höhe, sondern verringert auch den Anreiz zum Einsparen von Energie.

Der Sinn ist, stromintensive Unternehmen, die existenzgefährdet sein könnten und mit einer Abwanderung drohen, die Ökosteuer und Netzentgelte fast ganz zu erlassen – zu Lasten der anderen Stromkunden und des Steuerzahlers. Diesen begünstigten Kreis hat die Regierung von Jahr zu Jahr ausgeweitet. Im Jahre 2013 werden es über 2000 Betriebe sein, die sich bis 2022 aus der Solidargemeinschaft verabschieden werden. In Ausnahmefällen mag das gerechtfertigt sein, doch viele Firmen sind aber gar nicht wettbewerbsgefährdet und können gar nicht mit einem Abzug ins Ausland drohen. Inzwischen gehören schon die Deutsche Bahn, städtische Verkehrsbetriebe, Wasserwerke, Molkereien, Brauereien, Geflügelzüchter, Hotels, Gaststätten und selbst der Deutsche Wetterdienst zu den privilegierten Strombeziehern! Kaum einer der genannten Marktteilnehmer kann mit einer Abwanderung drohen, und von Industriebetrieben ist längst keine Rede mehr.

Laut Bundesnetzagentur verbrauchen die begünstigten Betriebe 18% des Stroms, zahlen aber nur 0,3% der EEG-Umlage. Die Subventionen sind inzwischen schon auf 5 Mrd. Euro entsprechend 1,3 C/kWh angestiegen (UBA/BEE). Die Lasten tragen zu 33% die Stromkunden des unteren Mittelstandes und die Haushalte und zu 67% der Steuerzahler (Arepo-Consult). Dagegen klagen zur Zeit mehrere Netzbetreiber.

Das Kartellamt bezeichnet die ausufernde Befreiungsregelung der stromintensiven Industrie „als einen ordnungspolitisch schwierigen Weg“ und fordert den Abbau der Subventionen. Es sinke

Die ausufernde Befreiungsregelung für die Industrie ist unsozial.

Wenig Anreiz zum Stromsparen und erste Missbrauchsfälle.

der Anreiz, eine erhöhte Energieeffizienz anzustreben. Einige ließen sogar schon die Maschinen über das Wochenende laufen, um mit dem erhöhten Stromverbrauch in die Privilegierung oder eine höhere Begünstigungsstufe zu kommen und damit die Kosten zu senken, wie Greenpeace berichtet.

Die Entlastung der stromintensiven Industrie geht aber noch weiter. Seit 2013 ist sie auch beim notwendigen Kauf von CO₂-Verschmutzungsrechten weitgehend außen vor. Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass die Großverbraucher von den Kosten in Höhe von 350 Mio. Euro stolze 85% aus Steuermitteln erstattet bekommen. Diese Mittel hätten lieber in die Verbesserung der Energieeffizienz dieser Unternehmen eingesetzt werden sollen! So profitiert die stromintensive Industrie inzwischen gleich fünfmal:

1. Weitgehende Entlastung bei der EEG-Umlage zu Lasten der kleinen Stromkunden
2. Weitgehende Entlastung bei der Netzgebühr zu Lasten der kleinen Stromkunden
3. Einkauf günstigen Börsenstroms zu Zeiten eines hohen Angebotes von erneuerbaren Energien
4. Entlastung bei den Beschaffungskosten von CO₂-Verschmutzungsrechten zu Lasten des Steuerzahlers.
5. Belohnung wenn bei Netzengpässen einzelne Verbraucher kurzzeitig abgeschaltet werden zu Lasten der kleinen Stromkunden mit zwei Euro pro Haushalt und Jahr.

Ein beachtlicher Teil der großen Stromverbraucher hat sich bereits aus dem Solidarprinzip verabschiedet. Und es werden immer mehr. Das ist erneut ein Beispiel **unsozialen** Handelns. Auch Klaus Töpfer, ehemaliger Bundesumweltminister, sieht das so. Er bezweifelt, dass die zahlreichen Vergünstigungen für Unternehmen berechtigt sind: „Das treibt den Strompreis nach oben und gefährdet die Akzeptanz der Energiewende.“ Holger Krawinkel, oberster Verbraucherschützer in Berlin ist deutlicher: „Das ist eine Dreistigkeit ohne Beispiel. Die Last verteilt sich auf immer weniger Schultern.“

Markprämie und Liquiditätsreserve

Die Marktprämie soll einen Anreiz für die Direktvermarktung von Ökostrom an der Börse geben. Damit verbunden sind noch die Management- und Flexibilitätsprämien. Fraglich ist, warum die Regierung diese Prämien mit 0,14 Cent/kWh in die EEG-Umlage packt.

Auch bei der Liquiditätsprämie erschließt sich einem das nicht. Es handelt sich um ein Ausgleichskonto der Netzbetreiber, das Schwankungen bei Angebot und Last puffern soll. Es war eigentlich schon immer Aufgabe der Netzbetreiber gewesen, für einen Ausgleich zu sorgen: Früher waren es nur die Lasten, heute kommen zunehmend auch noch die Angebote dazu. Warum ist da noch ein zusätzliches Ausgleichskonto zu Lasten der Stromkunden erforderlich ?

Nicht die Energiewende ist unsozial, sondern nur die Verteilung der Einkommen und der Lasten.

Schlussbemerkungen

Was bleibt ist eine Unredlichkeit der Politiker auf der einen Seite, nämlich ständig größere Anstrengungen zu fordern, die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen mit dem Hinweis, dass die derzeitigen

Maßnahmen unzureichend sind (Altmeier beim Peterberger Klimadialog und der UN-Klimakonferenz Katar), und auf der anderen Seite den Ausbau der erneuerbaren Energien **schlecht zu reden, ja auszubremsen**.

Es verbleiben abschließend nach wie vor Fragen wie diese:

1. Warum bürdet die Bundesregierung den erneuerbaren Energien immer neue, **artfremde Lasten** auf und erhöht damit künstlich die Strompreise? Bei den konventionellen Energien zahlt sie den bisher zehnfachen Förderbetrag aus Steuermitteln, weshalb deren Stromkosten scheinbar geringer sind.
2. Warum stellt ausgerechnet eine konservativ-liberale Regierung, der die Marktwirtschaft angeblich so am Herzen liegt, die Energieversorger und stromintensiven Unternehmen von Risiko und Haftung frei zu Lasten der kleinen Stromverbraucher?
3. Warum werden die Kosten der Energiewende nicht auf alle Schultern verteilt? Die Energiewende könnte dann sehr wohl **sozial** bewältigt werden.
4. Warum thematisieren nur so wenige auch **die Chancen der Erneuerbaren und deren Nutzen**?

Die Antworten zu allen vier Fragen sind kurz: Diskreditierung der erneuerbaren Energien mit dem Ziel, dass die Rendite bei den konventionellen Stromversorgern und der stromintensiven Industrie nach wie vor stimmen muss. Das ist ein Machtkampf zwischen der zentralen und der dezentralen Energiewirtschaft.

Was die notwendige Energiewende jetzt braucht sind weniger die Nörgler, Jammerer und Verhinderer, sondern mehr die Enthusiasten, die gerechte Verhältnisse schaffen, um die bevorstehende anspruchsvolle Generationenaufgabe zu bewältigen. Das Ausland beobachtet uns gespannt !

Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr (Schwarzwald)

Specher: Dr. Falk Auer, nes-auer@t-online.de

Im August 2013